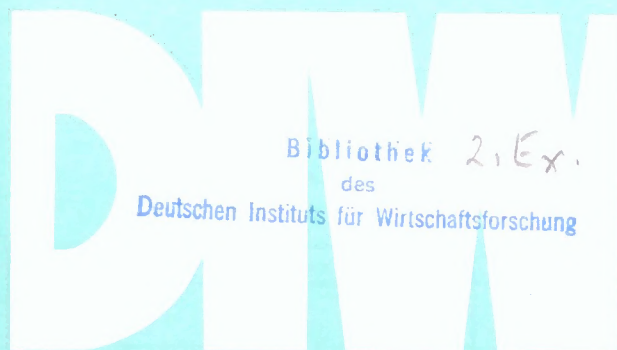




Westliche Industrieländer: Konjunkturelle Erholung in Europa wird Abschwächung in den USA nicht ausgleichen	323
Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der konjunkturellen Erholung nach Ende des Arbeitskampfes	330

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 28 / 84

Berlin

12. Juli 1984

51. Jahrgang

Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung 1984/1985

Westliche Industrieländer:

Konjunkturelle Erholung in Europa wird Abschwächung in den USA nicht ausgleichen

Nach wie vor ist der Konjunkturaufschwung in den westlichen Industrieländern dadurch gekennzeichnet, daß die Wirtschaft der USA sehr kräftig expandiert, während in den meisten übrigen Ländern die Konjunkturentwicklung zwar auch aufwärts gerichtet ist, aber ein relativ moderates Tempo hat. In diesen Ländern ist es nicht gelungen, die Exportanstöße aus den USA in entsprechend starke konjunkturelle Eigendynamik umzusetzen.

Dies erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß in Westeuropa die Konjunktur nicht – wie in den USA – durch eine ausgesprochen expansive Wirtschaftspolitik angeregt wurde. Während in den USA ein beträchtliches staatliches Haushaltsdefizit trotz massiver öffentlicher Kritik hingenommen wird, steht die Haushaltskonsolidierung in den anderen Volkswirtschaften fast überall im Vordergrund; von den öffentlichen Haushalten gehen also meist restriktive Effekte aus. Wenn trotzdem die Wirtschaft auch in den meisten nicht-amerikanischen Ländern expandiert, so ist dies außer der Exportbelebung nun auch wieder der Entwicklung der Anlageinvestitionen zu verdanken. Diese nehmen vor allem deshalb zu, weil insbesondere in Westeuropa erheblicher Modernisierungsbedarf besteht. Die Investitionszunahme ist gleichwohl in den USA erheblich kräftiger, weil dort der private Verbrauch – angeregt durch Steuersenkungen – sehr viel stärker steigt und somit vom Absatz her ein beträchtlich größeres Investitionsmotiv besteht. Die Investitionssteigerung ist überall in Gang gekommen, obwohl das Zinsniveau weiterhin hoch ist und in den USA sogar wieder steigt. Die beträchtliche Verbesserung der Gewinnsituation in den USA sowie auch – in

geringerem Maße – in Westeuropa und Japan hat die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen positiv beeinflußt. Dies setzt sie in die Lage, sowohl einen größeren Teil ihrer Investitionen selbst zu finanzieren als auch die hohen Zinskosten der Fremdfinanzierung leichter zu tragen.

Viel spricht dafür, daß die USA Schrittmacher der Konjunkturentwicklung bleiben werden. Es ist nicht zu erwarten, daß sich der Wirtschaftsaufschwung in den übrigen Ländern erheblich beschleunigt und somit eine Gegenkraft entsteht, wenn das Wachstum in den USA an Dynamik verliert. Zu einem konjunkturellen Wechselspiel, wie es häufig in der Vergangenheit zu beobachten war, dürfte es also diesmal nicht kommen.

Unter diesen Umständen hängt viel davon ab, wie stark sich die Expansion in den USA abschwächen wird. Verwiesen wird immer wieder auf drei belastenden Faktoren: das hohe Haushaltsdefizit des Bundes und das – angeblich allein daraus resultierende – hohe Zinsniveau sowie das infolgedessen ebenfalls hohe Leistungsbilanzdefizit. Obwohl kaum noch bestritten wird, daß es ohne die Hinnahme des Staatsdefizits nicht zu der starken Beschleunigung der Expansion und ohne die starke Passivierung der Leistungsbilanz nicht zu der fühlbaren Ausstrahlung auf die übrige Welt gekommen wäre, wird doch in diesen Faktoren nun ein Störpotential gesehen, das den weiteren Aufschwung gefährdet. Dem in den USA verfolgten wirtschaftspolitischen Kurs wird aus diesem Grunde nur ein kurzfristiger Erfolg attestiert, zur Herbeiführung eines anhaltenden Wirtschaftswachstums sei er dagegen ungeeignet.

Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen

	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹⁾	1984 ²⁾	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹⁾	1984 ²⁾
	Westeuropäische Industrieländer ³⁾							darunter: EG						
Leistungsbilanz	+21,4	-10,4	-41,7	-13,1	-9,3	+5,0	+11,5	+19,6	-8,5	-36,5	-13,7	-10,6	+1,6	+8
Handelsbilanz	+12,4	-18,6	-46,9	-11,9	-5,4	+10,1	+17,5	+13,6	-11,2	-34,2	-6,9	-2,1	+10,2	+17
Dienstleistungsbilanz	+26,7	+30,0	+29,7	+21,4	+17,9	+15,3	+14	+21,2	+21,9	+19,2	+13,3	+10,7	+9,3	+8,5
Übertragungsbilanz	-17,7	-21,8	-24,5	-22,6	-21,8	-20,4	-20	-15,2	-19,2	-21,5	-20,1	-19,2	-17,9	-17,5
Kapitalbilanz ⁶⁾	+4,4	+9,0	+54,2	-8,1	+2,2	+1,0	.	-4,1	+9,3	+47,0	-6,1	+1,6	+5,4	.
Langfristiger Kapitalverkehr	-14,0	-17,2	-14,5	-19,5	-29,3	-27,5	.	-9,4	-4,6	-2,7	-8,8	-13,6	-9,9	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 7)	+18,4	+26,2	+68,7	+11,4	+31,5	+28,5	.	+5,3	+13,9	+49,7	+2,7	+15,2	+15,3	.
Devisenbilanz ⁸⁾	-25,8	+1,4	-12,5	+21,2	+7,1	-6,0	.	-15,5	-0,8	-10,5	+19,8	+9,0	-7,0	.
Goldhaltung d.Währungsbehörden	-1,8	+3,7	+0,6	+1,8	+0,9	+0,9	.	-1,4	+3,7	+0,5	+1,4	+0,7	+0,7	.
Devisenhaltg.d.Währungsbehörden	-26,6	-24,6	-20,2	+27,0	+13,5	-7,1	.	-16,0	-26,2	-18,1	+25,6	+15,3	-8,4	.
Position b.Weltwährungsfonds ⁹⁾	-1,0	-0,9	-0,6	-0,7	-1,2	-0,6	.	-1,2	-0,7	-0,6	-0,7	-1,0	-0,1	.
Devisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	+3,6	+23,2	+7,7	-6,9	-6,1	+0,8	.	+3,1	+22,4	+7,7	-6,5	-6,0	0,8	.
	Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾							darunter: Vereinigte Staaten von Amerika						
Leistungsbilanz	-2,3	-13,8	-11,1	+4,7	-1,9	-18,5	-44	-15,5	-1,0	+0,5	+4,7	-11,2	-40,8	-70
Handelsbilanz	-4,2	-21,5	-15,4	-1,4	-2,9	-13,6	-32,5	-34,0	-27,6	-25,5	-28,0	-36,4	-60,5	-83,5
Dienstleistungsbilanz	+8,2	+14,3	+12,3	+13,9	+10,0	+5,2	-1	+24,1	+32,7	+33,6	+40,2	+34,0	+28,9	+23
Übertragungsbilanz	-6,3	-6,6	-8,0	-7,8	-9,0	-10,1	-10,5	-5,6	-6,1	-7,6	-7,5	-8,8	-9,2	-9,5
Kapitalbilanz ⁶⁾	-18,4	+14,2	+8,9	-4,2	-3,0	+13,7	.	-15,5	+15,0	-8,0	-7,9	+11,8	+34,4	.
Langfristiger Kapitalverkehr	-23,5	-35,0	-9,0	-6,7	-19,9	-29,2	.	-11,7	-23,6	-11,3	-0,7	-9,6	-10,9	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 7)	+5,1	+49,2	+17,9	+2,5	+16,9	+42,9	.	-3,8	+38,6	+3,3	+7,2	+21,4	+45,3	.
Devisenbilanz ⁸⁾	+20,7	-0,4	+2,2	-0,5	+4,9	+4,8	.	+31,0	-14,0	+7,5	+3,2	-0,6	+6,4	.
Goldhaltung d.Währungsbehörden	-1,1	+0,4	+0,5	+1,2	+0,8	+0,5	.	-0,8	+0,4	+0,4	+1,0	+0,6	+0,5	.
Devisenhaltg.d.Währungsbehörden	-13,4	+13,7	-11,6	-3,6	+5,5	+2,5	.	-4,4	+0,6	-6,3	+0,4	-0,4	+3,9	.
Position b.Weltwährungsfonds ⁹⁾	+4,0	-0,9	-1,6	-3,6	-4,1	-4,0	.	+5,0	-1,4	-1,5	-3,7	-3,5	-3,8	.
Devisenverpflichtung gegenüber Währungsbehörden	+31,2	-13,6	+14,9	+5,5	+2,7	+5,8	.	+31,2	-13,6	+14,9	+5,5	+2,7	+5,8	.
	Übrige Welt ⁵⁾							darunter: Erdölländer						
Leistungsbilanz	-19,1	+24,2	+52,8	+8,4	+11,2	+13,5	+32,5	+3,6	+60,3	+108,7	+50,9	-14,1	-18,8	-10,5
Handelsbilanz	-8,2	+40,1	+62,3	+13,3	+8,3	+3,5	+15	+46,0	+110,8	+170,8	+124,6	+61,2	+42,5	+52,5
Dienstleistungsbilanz	-34,9	-44,3	-42,0	-35,3	-27,9	-20,5	-13	-42,4	-50,5	-62,1	-73,7	-75,3	-61,3	-63
Übertragungsbilanz	+24,0	+28,4	+32,5	+30,4	+30,8	+30,5	+30,5	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz ⁶⁾	+23,8	+4,3	-41,0	-12,1	-26,3	-14,2	.	-18,9	-46,4	-94,2	-51,6	+3,3	+14,0	.
Langfristiger Kapitalverkehr	+39,1	+52,2	+23,5	+26,2	+49,2	+56,7	.	.	.	.	.	.	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 7)	-15,3	-47,9	-64,5	-38,3	-22,9	-42,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz ⁸⁾	-4,7	-28,5	-11,8	+3,7	+15,1	+0,7	.	+15,3	-13,9	-14,5	+0,7	+10,8	+4,8	.
Goldhaltung d.Währungsbehörden	+2,9	-4,1	-1,1	-3,0	-1,7	-1,4	.	-0,2	0,0	-0,1	+0,1	+0,1	0,0	.
Devisenhaltg.d.Währungsbehörden	-4,6	-26,2	-12,9	+2,4	+11,5	-2,5	.	+14,9	-15,0	-13,0	+2,7	+11,6	+8,5	.
Position b.Weltwährungsfonds ⁹⁾ 10)	-3,0	+1,8	+2,2	+4,3	+5,3	+4,6	.	+0,6	+1,1	-1,4	-2,1	-0,9	-3,7	.
								darunter: Ölimportierende Entwicklungsländer						
Leistungsbilanz								-33,1	-48,7	-72,7	-93,1	-67,3	-41,2	-34
Handelsbilanz								-33,6	-47,7	-70,2	-78,0	-48,5	-24,4	-16
Dienstleistungsbilanz								+0,5	-1,0	-2,5	-15,1	-18,9	-16,8	-18
Übertragungsbilanz								.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz ⁶⁾								+49,4	+58,6	+73,7	+89,6	+61,8	+46,8	.
Langfristiger Kapitalverkehr								.	.	.	.	.	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr 7)								.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz ⁸⁾								-16,3	-9,9	-1,0	+3,5	+5,6	-5,6	.
Goldhaltung d.Währungsbehörden								-0,4	-0,2	0,0	+0,6	+0,5	+0,3	.
Devisenhaltg.d.Währungsbehörden								-15,1	-8,4	-0,2	+3,6	+3,2	-5,6	.
Position b.Weltwährungsfonds ⁹⁾ 10)								-0,8	-1,3	-0,8	-0,7	+1,9	-0,3	.

1) Teilweise geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) EG, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.- 4) USA, Kanada, Japan.- 5) Als Restsaldo errechnet, die allerdings auch aufgrund von Unterschieden in der Erfassung einzelner Zahlungsbilanzposten entstehen; Kapital- und Devisenbilanz weichen von den Restsaldo um den Betrag ab, um den sich die nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern ändern.- 6) Nettokapitalexport (-), -import (+).- 7) Einschl. statistischer Diskrepanz.- 8) Bestandszunahme (-), -abnahme (+).- 9) Einschl. Sonderziehungsrechte. 10) Einschl. Verpflichtungen des Weltwährungsfonds.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken; World Economic Outlook, 1984.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LÄNDER	1) GEWICHTE 1983 IN VH		VERÄNDERUNG IN VH GEGENÜBER VORJAHR											
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1982			1983			1984			1985		
			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE		
REPUBLIK DEUTSCHLAND	8.8		-1.7	5.6	4.8	1.3	4.5	3.2	3	5.5	2.5	2	4.5	3
FRANKREICH	7.0	17.9	1.6	14.3	12.5	0.9	10.8	9.8	1	8.5	7.5	1.5	8	0.5
GROSSBRITANNIEN	6.2	11.4	2.2	9.6	8.4	3.6	9.1	5.0	2.5	8.5	6	2	8.5	6.5
ITALIEN	4.8	10.3	-0.4	17.4	17.9	-1.2	13.7	15.0	2	13.5	11.5	2	11.5	9.5
NIEDERLANDE	1.8	12.2	-1.6	4.0	5.7	1.0	4.0	3.0	2	5	3.0	2.5	5.5	3
BELGIEN	1.1	10.3	0.7	7.8	7.0	0.5	6.5	6.0	1.5	7	3.5	2	7	3
DAENEMARK	0.8	2.8	3.4	14.7	10.5	2.5	10.3	7.6	2.5	7.5	5	2	7	5
GRÖßBRITANNIEN	0.5	1.5	0.0	25.4	25.4	0.3	19.9	19.5	1.5	21	19	2	20	17.5
IRLAND	0.2	0.6	1.2	17.5	16.1	1.0	12.5	11.5	1.5	9.5	8	2	9.5	7.5
EG	31.2		0.4	10.2	9.9	1.2	8.7	7.4	2	8.5	6	2	7.5	6
EG OHNE BRD	22.4		1.1	12.8	12.0	1.2	10.4	9.0	2	9.5	7.5	2	9	7
EG OHNE BRD		67.0	0.7	11.4	10.8	1.0	9.3	8.1	1.5	8.5	7	2	8.5	6.5
SCHWEDEN	1.2	3.6	0.6	9.0	8.4	2.3	12.4	9.9	3	10.5	7.5	2.5	10	7.5
SCHWEIZ	1.4	7.2	-1.5	5.6	7.1	-0.2	3.7	3.9	2.5	5.5	3	2.5	5.5	3
ÖSTERREICH	0.9	7.2	1.1	7.8	6.6	1.9	5.8	3.9	2	7	5	2	6.5	4.5
NORWEGEN	0.7	1.6	1.0	11.0	9.9	3.2	10.5	7.1	2	7.5	5.5	1	6	3.0
EUROPÄISCHE INDUSTRIELÄNDER	35.4		0.4	9.9	9.7	1.3	8.6	7.2	2	8.5	6	2	7.5	6
EUROPÄISCHE INDUSTRIELÄNDER O.BRD	26.6		0.9	12.0	11.3	1.3	10.0	8.6	2	9	7.5	2	8.5	6.5
EUROPÄISCHE INDUSTRIELÄNDER O.BRD		86.6	0.6	10.5	10.0	1.1	8.7	7.5	2	8.5	6.5	2	8	6
USA	44.7	10.6	-1.9	4.0	6.0	3.4	7.7	4.3	6	11.5	5	3	9	6
KANADA	4.3	1.0	-4.4	5.2	10.1	3.0	9.0	5.8	4.5	9	4.5	3	8	3
JAPAN	15.6	1.8	3.3	5.1	1.8	3.0	3.7	0.7	4.5	6.5	2	4	6.5	2.5
AUßEREUROP. INDUSTRIELÄNDER	64.6		-0.8	4.3	5.3	3.3	6.8	3.5	5.5	10	4	3	8.5	5
AUßEREUROP. INDUSTRIELÄNDER		13.4	-1.4	4.2	5.7	3.3	7.3	3.9	5.5	10.5	4.5	3	8.5	5.5
INSGESAMT	100.0		-0.4	6.3	6.8	2.6	7.5	4.8	4.5	9.5	5	3	8	5.5
INSGESAMT OHNE BRD	91.2		-0.3	6.6	7.0	2.7	7.7	5.0	4.5	10	5	3	8.5	5.5
INSGESAMT OHNE BRD		100.0	0.3	9.7	9.4	1.4	8.5	7.0	2.5	8.5	6	2	8.0	6

1) AUF DOLLARRASIS.- 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LÄNDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

Bei dieser Kritik wird zu einseitig die Höhe der Defizite des öffentlichen Haushalts und der Leistungsbilanz hervorgekehrt. Beide sind zwar im Vergleich zu den Defiziten sehr hoch, die in der Vergangenheit in ähnlichen Konjunkturphasen zu beobachten waren. Es ist jedoch auch zu berücksichtigen, daß das beträchtliche Staatsdefizit Folge einer Finanzpolitik ist, bei der die Regierung der USA sich nicht, wie die der meisten anderen Länder, mit einer nur moderaten wirtschaftlichen Entwicklung und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit abfindet. Das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit resultiert zudem aus einer starken ausländischen Dollarnachfrage und der dadurch bedingten hohen Bewertung des Dollars, die – sieht man von dem Konsolidierungsbedarf hochverschuldeter Länder ab – Ausdruck einer optimistischen Einschätzung der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung durch die Kapitalanleger ist. Wäre dies nicht der Fall, so würde das hohe amerikanische Zinsniveau nicht in einem Maße Kapital anlocken, bei dem der schon lange erwartete Dollarkursverfall immer wieder

ausbleibt. Vielmehr würde dann die Erwartung eines sinkenden Dollarkurses die Attraktivität der Kapitalanlage in den USA erheblich verringern, so daß ein anhaltendes Fallen des Dollarkurses kaum noch aufzuhalten wäre.

Bei der erneuten Zinssteigerung in den USA, die die Zinsdifferenz zum Ausland erhöht hat, ist zwar der Ausgleich für das Kursverlustrisiko größer geworden, das offensichtlich nun etwas höher eingeschätzt wird. Ein Zwang zu Zinserhöhungen, durch die der überhöhte Dollarkurs erneut gefestigt wurde, ging jedoch von dieser veränderten Einschätzung nicht aus. Zu Zinssteigerungen ist es einmal deswegen gekommen, weil sich die Probleme bei der Eindämmung der internationalen Schuldenkrise verschärft haben. Zum anderen spielen binnenwirtschaftliche Faktoren in den USA eine Rolle, vor allem die seit der Jahreswende stark steigende Kreditnachfrage der Unternehmen im Zuge der kräftigen Zunahme der Investitionsneigung und die erhebliche Verbesserung der Gewinnlage und Gewinnerwartungen.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
Reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN UND DIENSTEN			IMPORTS		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	-2.2	1.0	1	-1.0	-0.2	0.5	-5.1	2.9	5	3.7	-11.9	8.5	0.8	0.8	6.5
FRANKREICH	3.3	1.0	0.5	2.2	1.8	0.5	0.5	-1.7	0.5	-3.7	3.9	4	4.8	-0.5	2
GROSSBRITANNIEN	1.3	3.9	2	1.4	3.1	1	6.2	4.7	5	1.2	0.8	5	3.8	5.0	6
ITALIEN	0.5	-0.5	1	2.4	2.9	1.5	-5.2	-5.3	1.5	0.8	3.9	5	2.0	0.8	5
NIEDERLANDE	-1.6	0.5	-0.5	0.7	1.0	-1	-5.0	1.4	1.5	-0.9	4.5	6	1.1	4.0	4.5
BELGIEN	0.9	-2.0	0	-1.7	-0.7	-0.5	-2.2	-4.8	0.5	3.1	1.8	4	1.9	-2.4	2
DÄNEMARK	2.0	2.2	1	4.1	1.3	0	4.5	2.3	4	2.6	4.6	4	3.4	1.7	3
GRIECHENLAND	1.7	0.6	1	1.0	2.4	2.5	-1.0	-1.4	0.5	-9.0	9.8	5	5.1	2.8	2
IRLAND	-5.2	-3.7	1	3.3	-0.3	-1	-8.5	-7.9	1	4.0	11.0	8	-4.3	3.0	6
1) EG	0.6	1.2	1	0.9	1.5	0.5	-1.6	0.3	3	1.1	1.9	6	2.4	1.4	4.5
1) EG OHNE BRD	1.5	1.3	1	1.7	2.2	0.5	-0.0	-0.8	2	-0.1	3.1	5	3.0	1.6	4
SCHWEDEN	1.1	-1.6	0.5	0.8	0.9	1.5	-1.9	-1.1	2	4.7	11.5	6.5	4.6	1.6	4.5
SCHWEIZ	-0.2	1.0	1.5	1.8	2.5	2.5	-2.8	1.7	3	-2.8	-0.1	4	-1.9	3.9	4
ÖSTERREICH	1.1	4.4	0	2.0	2.0	2	-5.4	-1.6	3.5	3.2	4.1	7	-2.3	9.4	6
NORWEGEN	1.4	1.0	1.5	3.7	3.7	3	-9.7	2.7	10	0.2	7.0	2	4.2	-1.2	3
EUROPAEISCHE 1) INDUSTRIELÄNDER	0.6	1.2	1	1.0	1.6	1	-2.0	0.3	3	1.1	2.4	6	2.2	1.7	4.5
1) EUROPAEISCHE INDUSTRIEL. O. BRD	1.4	1.2	1	1.7	2.2	1	-0.8	-0.6	2.5	0.2	3.6	5	2.6	1.9	4
USA	1.4	4.2	5.5	3.0	1.1	0.5	-7.2	7.2	15	-7.8	-5.4	3	1.5	7.0	18
KANADA	-2.1	3.1	3.5	0.5	0.3	4	-11.7	-3.9	1	-1.6	6.5	11	-11.3	8.7	10
JAPAN	4.2	3.3	3.5	2.3	2.4	2	1.8	0.2	4	3.5	4.8	10	2.5	-4.7	8
AUSSEREUROP. 1) INDUSTRIELÄNDER	1.8	3.9	5	2.7	1.2	1	-4.3	3.9	10	-3.6	-0.8	6	0.0	3.8	14
1) INSGESAMT	1.4	2.9	3.5	2.0	1.4	1	-3.4	2.5	7.5	-0.9	1.1	6	1.3	2.5	8.5
1) INSGESAMT O. BRD	1.7	3.1	3.5	2.4	1.5	1	-3.2	2.5	7.5	-1.7	1.4	5.5	1.4	2.8	8.5

1) GEWICHTE 1982 AUF DOLLARBASIS.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GFSCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

Starke Zinserhöhungen bergen die Gefahr in sich, daß die Investitionsneigung der nicht so ertragsstarken Unternehmen beeinträchtigt wird. Der bisher kräftige Investitionsaufschwung könnte dadurch wieder gedämpft werden. Mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im weiteren Verlauf des Jahres ist jedoch nicht nur aus diesem Grund zu rechnen. Die amerikanische Regierung steht weiterhin unter dem Druck der öffentlichen Meinung, energische Schritte zur Konsolidierung des Staatshaushalts zu unternehmen. Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß sie diesem Druck schnell nachgibt, so wird doch der künftige finanzpolitische Kurs eher restriktiv als weiterhin expansiv sein. Da auch die Geldpolitik auf längere Sicht weniger expansiv als 1983 sein wird, sprechen die von der Wirtschaftspolitik gegebenen Bedingungen ebenfalls dafür, daß die amerikanische Wirtschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahres und im nächsten Jahr nicht mehr im bisherigen Tempo expandieren wird.

Mit einer Tendenzumkehr der Zinsentwicklung ist aber erst zu rechnen, wenn sich die binnenwirtschaftliche Expansion stärker abschwächt. Dies hätte dann auch Rückwirkungen auf die Dollarkursentwicklung. Ein Sinken des Dollarkurses würde die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten verbessern und sowohl den amerikanischen Export begünstigen als auch Nachfrage, die sich bisher dem Auslandsangebot zuwandte, auf das Inlandsangebot umlenken. Dies würde zur allmählichen Verminderung des Leistungsbilanzdefizits führen und der Expansionsverlangsamung, die von der Entwicklung der Binnennachfrage ausginge, entgegenwirken, diese allerdings nicht kompensieren.

Einiges spricht somit dafür, daß die amerikanische Wirtschaft auch im nächsten Jahr noch expandiert. Das Expansionstempo wird jedoch geringer sein, als es angesichts der zwar verminderten, aber immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit angestrebt wird, und als es ohne den Streit um die Wirkung des Staatsdefi-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERSTÄTIG- KEIT UND VERMÖGEN						1) STÜCKGEWINN			2) LOHNSTÜCKKOSTEN			2) LOHNSTÜCKKOSTEN		
	UNTERNEHMERSTÄTIG- KEIT UND VERMÖGEN						1) STÜCKGEWINN			2) LOHNSTÜCKKOSTEN			2) LOHNSTÜCKKOSTEN		
	IN LANDESWÄHRUNG						IN LANDESWÄHRUNG			IN LANDESWÄHRUNG			IN SZR		
	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984	1982	1983	1984
HUNDESREPUBLIK															
DEUTSCHLAND	6.8	11.2	7.5	2.1	1.7	4	8.1	9.8	4.5	3.3	0.4	1	2.8	-1.5	
FRANKREICH	13.5	11.2	12	13.6	10.4	7.5	11.7	10.2	10.5	11.8	9.4	6.5	-1.3	-2.6	
GROSSBRITANNIEN	17.4	16.1	15	6.5	6.9	7	16.1	12.1	12	5.3	3.3	4	-2.9	-7.5	
ITALIEN	16.9	3.1	19.5	17.0	15.1	12.5	17.4	4.3	17	17.5	16.5	10.5	5.5	7.1	
NIEDERLAND	6.9	6.0	9	3.0	3.0	3.5	8.6	5.0	7	4.6	2.0	1.5	4.4	-1.4	
BELGIEN	11.8	8.0	9	6.0	6.0	6.5	11.0	7.5	7.5	5.3	5.5	5	-8.6	-2.6	
DÄNEMARK	25.8	17.5	10.5	12.5	7.8	7	21.6	14.7	7.5	8.8	5.2	4.5	-0.7	-1.0	
GRIECHENLAND	18.2	22.5	27	27.3	18.0	17	18.2	22.0	25.5	27.3	17.7	15.5	12.8	-7.8	
IRLAND	26.7	14.5	11.5	13.4	11.0	9	25.2	13.5	10	12.0	10.0	7.5	5.4	-0.5	
3)															
EG	13.0	10.6	13	8.6	7.3	7	12.1	9.1	9	7.6	5.4	4.5	0.7	-1.7	
EG OHNE BRD	15.3	10.4	14.5	11.2	9.6	8	13.9	8.8	11	9.4	7.5	5.5	-0.2	-1.8	
SCHWEDEN	23.7	24.0	15	5.8	9.5	9.5	23.0	21.0	11.5	5.2	7.0	6.5	-9.4	-9.4	
SCHWEIZ	2.9	2.0	9	7.4	4.0	4.5	4.4	2.2	6	9.0	4.2	2	12.6	4.1	
ÖSTERREICH	18.8	9.4	12	4.5	4.3	5	17.5	7.4	9.5	3.4	2.3	3	3.1	0.5	
NORWEGEN	9.3	13.2	7	11.5	8.4	8	8.3	9.8	5	10.4	5.0	6	4.9	-4.1	
EUROPÄISCHE 3)															
INDUSTRIELÄNDER	12.9	10.6	12.5	8.4	7.3	7	12.3	9.3	9	7.5	5.3	4.5	0.9	-1.8	
EUROPÄISCHE 3)															
INDUSTRIEL. O. BRD	14.8	10.5	14	10.5	9.1	8	13.8	9.1	10.5	9.0	7.1	5.5	0.3	-1.9	
USA	-3.2	12.6	15	5.5	6.7	10	-1.3	8.9	8.5	7.5	3.2	4	14.8	6.6	
KANADA	-7.1	26.7	14.5	7.5	5.6	8	-2.8	22.9	10	12.5	2.5	3.5	16.8	6.0	
JAPAN	0.5	2.5	6	6.0	5.7	6.5	-2.7	-0.5	1.5	2.7	2.6	2	-2.9	11.1	
AUSSEREUROP. 3)															
INDUSTRIELÄNDER	-2.4	10.5	12.5	5.7	6.4	9	-2.0	8.2	6.5	6.8	2.9	3.5	9.3	8.0	
3)															
INSGESAMT	3.6	10.5	12.5	6.7	6.7	8.5	6.8	8.8	8	7.2	4.4	4	4.2	2.0	
INSGESAMT O. BRD	3.2	10.5	13	7.2	7.2	8.5	6.5	8.7	8.5	8.0	5.2	4.5	4.4	2.6	
1) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERSTÄTIGKEIT UND VERMÖGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOEINKOMMENS. - 2) BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOEINKOMMENS. - 3) GEWICHTET MIT 1982ER ANTEILEN. FÜR 1) UND 2): GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRÜNDELIEGEN.															
QUELLEN: SAEG, VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHÄTZUNGEN DES DIW. GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.															

zits sein könnte, der die Wirtschaftspolitik zu einem restriktiveren Verhalten veranlaßt.

Japan profitiert bisher von der Expansion der amerikanischen Wirtschaft am meisten. Die japanischen Exporte steigen seit Ende letzten Jahres besonders kräftig, und der bereits hohe japanische Leistungsbilanzüberschuß nimmt weiter zu. Von dieser Außenwirtschaftsentwicklung gehen Anstoßwirkungen auf die inländischen Nachfragekomponenten aus. So nehmen die Anlageinvestitionen nun wieder beschleunigt zu. Angesichts der zu erwartenden Konjunkturverlangsamung in den USA verschlechtern sich jedoch die Exportaussichten Japans. Es ist fraglich, ob die verstärkte Expansion der Inlandsnachfrage ausreicht, die zu erwartende Abschwächung der Exportzunahme auszugleichen. Ohne eine erneute wirtschaftspolitische Stimulierung ist daher auch in Japan eher mit einer Wachstumsverlangsamung zu rechnen. Die japanische Regierung hat zwar bisher

immer wieder zu Stimulierungsmaßnahmen gegriffen, wenn sich das konjunkturelle Klima erheblich abkühlte. Das auch in Japan hohe Staatsdefizit und das im Vordergrund stehende Ziel der Konsolidierung hindern sie aber gegenwärtig an einer solchen Dosierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des bisherigen Expansionstempos notwendig wäre.

Anders als in den USA, wo die vom privaten Verbrauch ausgehende Konjunkturbelebung rasch auf die Investitionen übergriff und zu einem kräftigen Konjunkturaufschwung führte, hatte in Großbritannien die zunächst ebenfalls beachtliche Zunahme des privaten Verbrauchs nicht diese Folge. Zwar strahlte sie auch hier auf die Investitionen aus, die Anstoßwirkung war jedoch beträchtlich geringer. Es wurde nur ein relativ mäßiger Expansionsprozeß in Gang gesetzt, bei dem ein fühlbarer Abbau der hohen Arbeitslosigkeit nicht möglich ist.

Daß es zu keinem stärkeren Anstieg kam, ist in erster Linie auf den von der britischen Regierung verfolgten wirtschaftspolitischen Kurs zurückzuführen. Die Regierung regte die private Nachfrage nicht wie die amerikanische durch massive Steuersenkungen an. Zwar dehnte sie die öffentliche Nachfrage im vergangenen Jahr unerwartet kräftig aus. Sie hat ihr Vorgehen aber in diesem Jahr wieder korrigiert und ist zu ihrer Grundlinie der Ausgabenzurückhaltung zurückgekehrt. Es erstaunt daher nicht, daß sich die Absatzexpectationen der Unternehmen nicht so wie in den USA verbessert haben und daß sich die Investitionszunahme in Grenzen hält.

Die britische Regierung zeigt sich allerdings schon mit der bisherigen Entwicklung zufrieden und bucht es als Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik, daß es nach der vorangegangenen Rezession überhaupt zu einer wirtschaftlichen Expansion gekommen ist. Schon bei der jetzt erkennbaren leichten Expansionsabschwächung ist aber die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen. Bei dem anhaltenden Optimismus der privaten Wirtschaft, wie er in Umfrageergebnissen zum Ausdruck kommt, ist zwar nicht zu erwarten, daß es zu einer stärkeren Wachstumsverlangsamung kommen wird. Jedoch besteht angesichts der gravierenden Beschäftigungsprobleme wenig Grund für eine selbstzufriedene Haltung der Regierung.

Während sich in den anderen großen Industrieländern der Preisauftrieb erheblich abschwächte, hat *Frankreich* — genauso wie Italien — immer noch mit Inflationsproblemen zu kämpfen. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen orientieren sich hier daher trotz nur geringfügigen Wirtschaftswachstums vorrangig am Stabilisierungsziel. Solange binnenwirtschaftlich die Voraussetzungen für einen anhaltenden Aufschwung nicht gegeben sind, können jedoch die Impulse, die von der wirtschaftlichen Erholung in den anderen Ländern auch auf Frankreich und Italien ausstrahlen, nur bedingt wirksam werden.

Frankreich muß sich dabei bis heute mit den Folgen einer Wirtschaftspolitik auseinandersetzen, die 1981/82 auf Expansion gerichtet war, ohne daß die wichtigsten Partnerländer zu einer entsprechenden Politik bereit gewesen waren. Hohe außenwirtschaftliche Defizite infolge des entstandenen Konjunkturfalles führten daher schon im zweiten Halbjahr 1982 zu einer Umkehr der französischen Finanz- und Geldpolitik. Die Finanzpolitik ist seitdem überwiegend restriktiv gewesen und die Expansion der Geldmenge wurde eingeschränkt. Auch 1984 wird die Finanzpolitik auf Restriktionskurs bleiben. Die Geldmengenausweitung wird angesichts der Vorgabe eines Korridors von 5,5 bis 6,5 vH noch weiter gedrosselt werden.

Von der Restriktionspolitik wurde vor allem der private Verbrauch getroffen. Wie beabsichtigt, gingen

damit auch die realen Importe deutlich zurück. Mit der einsetzenden weltwirtschaftlichen Erholung stiegen die Exporte gleichzeitig stärker als erwartet. Das Handelsbilanzdefizit, das im letzten Jahr schon auf etwa die Hälfte des Vorjahresniveaus reduziert werden konnte, nahm in der ersten Hälfte 1984 weiter ab. Im letzten Quartal dieses Jahres dürfte die Handelsbilanz annähernd ausgeglichen sein.

Auch bei der Inflationsberuhigung hat die Regierung Fortschritte gemacht. Dennoch liegt der Anstieg der Verbraucherpreise mit über 8 vH immer noch beträchtlich über demjenigen der wichtigsten Handelspartner. Hierin ist auch der entscheidende Grund für das Festhalten der Regierung an ihrer zurückhalten- den Ausgabenpolitik zu sehen. Inzwischen ist es nun auch gelungen, die de facto-Indexbindung der Löhne an die Preise weitgehend aufzulösen. Die Tarifparteien orientieren sich in ihren Verhandlungen mehr und mehr an den für die Zukunft unterstellten — geringeren — Preissteigerungen. Dafür mußte die Regierung allerdings die Aufrechterhaltung der Preiskontrollen in diesem Jahr zugestehen. Das angestrebte Stabilisierungsziel — Eindämmung des Anstiegs der Verbraucherpreise auf etwa 5 vH bis Ende 1984 — wird wohl nicht erreicht werden, doch auch bei der eher wahrscheinlichen Verringerung der Inflationsrate auf rund 7 vH wird die Differenz zu den Preissteigerungsraten in den wichtigsten Partnerländern weiter abgebaut.

So werden sich die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen für eine zukünftig wieder stärker wachstumsorientierte Konjunkturpolitik verbessern. Da die Wirtschaftspolitik zunächst jedoch noch dämpfend wirkt, ist für die zweite Jahreshälfte 1984 nur mit einer leichten konjunkturellen Belebung zu rechnen. Das Konjunkturgefälle wird dazu führen, daß die außenwirtschaftlichen Impulse fortbestehen. Aber auch bei den Investitionen zeichnet sich in mehreren Bereichen wieder eine Zunahme ab. Dies gilt vor allem für exportorientierte Branchen, aber auch für den Bereich der nationalisierten Industrien, wo mit staatlicher Hilfe umfangreiche Umstrukturierungen und Modernisierungen in Angriff genommen wurden. Der private Verbrauch stagniert allerdings weiterhin und beeinträchtigt damit auch die Investitionstätigkeit im privaten Bereich.

Hat sich das Konjunkturbild in Frankreich somit insgesamt etwas aufgehellt, so ist doch am Arbeitsmarkt in der nächsten Zukunft noch keine Verbesserung zu erwarten. Zwar war es in den letzten Jahren im Vergleich zu vielen anderen Industrieländern dank arbeitsmarktpolitischer und ausbildungspolitischer Maßnahmen relativ gut gelungen, die Arbeitslosenquote konstant zu halten. Offensichtlich ist man bei der Finanzierung der Maßnahmen inzwischen auf Grenzen gestoßen. Das nur geringe Wirtschafts-

wachstum – auch für 1985 wird nur eine Rate von etwa 1,5 vH erwartet – reicht ebenfalls nicht aus, den Arbeitsmarkt zu entlasten. So ist für 1984/85 mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen.

Trotz ähnlicher Probleme wie in Frankreich hat sich in *Italien* eine andersartige wirtschaftspolitische Konstellation herausgebildet. Der häufige Regierungswechsel und die damit verbundene politische Instabilität haben in den letzten Jahren keine klare finanzpolitische Strategie zugelassen. Die immer wieder angestrebte und notwendige Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben zugunsten von Investitionen, die Kürzung aufgeblähter Subventionen insbesondere bei den öffentlichen Unternehmen und eine effizientere Steuererfassung sind bisher nur in Ansätzen erreicht worden. Infolge dieser finanzpolitischen Versäumnisse erhöhte sich das Haushaltsdefizit 1983 auf 17 vH des Sozialprodukts, ohne daß es dabei zu deutlichen Wachstumsanregungen gekommen wäre, und auch für 1984 bestehen nur geringe Aussichten auf eine finanzpolitische Konsolidierung.

Wenn seit Mitte 1983 Nachfrage und Produktion dennoch deutlich zunahmen, so wegen positiver Impulse für die Konjunktur, die sich von der Auslandsnachfrage her ergaben. Nach Abschluß der neuen Tarifverträge nahm seit dem Herbst 1983 aber auch der private Verbrauch wieder leicht zu.

Dennoch sind die Aussichten für eine nachhaltige Erholung der Konjunktur noch nicht günstig. Die Inflationsrate – knapp 12 vH – liegt immer noch wesentlich über den Preissteigerungen in allen anderen wichtigen Industrieländern. Die Zentralbank als einzige voll handlungsfähige wirtschaftspolitische Institution hat in den letzten beiden Jahren wiederholt versucht, eine streng restriktive Geldpolitik durchzusetzen. Sie hat diese Versuche jedoch mehrfach – zuletzt Ende 1983 – wieder aufgeben müssen, um die Konjunktur durch eine geldpolitische Übersteuerung nicht völlig abzuwürgen. Die Hoffnungen, daß die Inflationsrate verringert werden kann, richten sich nun vor allem auf das Verhalten der Tarifparteien. Nach heftigen Auseinandersetzungen ist die angestrebte Entschärfung der „scala mobile“, der automatischen Anpassung der Löhne an den Preisanstieg, wenigstens teilweise in Kraft getreten. Für 1984 sollen sich die Lohnsteigerungen im Rahmen der prognostizierten Inflationsrate von 10 vH halten. Tatsächlich dürfte

der Preisanstieg aber eher etwas höher ausfallen. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des privaten Verbrauchs, zumal bei noch zunehmender Arbeitslosigkeit, ist daher groß, die konjunkturelle Lage entsprechend labil.

Die Konjunktur wird sich erst dann festigen, wenn sich die Dämpfung des Preisanstiegs fortsetzt und die Zentralbank einen Rückgang des hohen Zinsniveaus verstärkt fördern kann. Zinssenkungen würden sich sowohl auf die staatlichen Zinsaufwendungen im Haushalt als auch auf die industriellen Investitionen, vor allem aber auf die Bautätigkeit günstig auswirken. Solange es hierzu nicht kommt, wird die wirtschaftliche Belebung in starkem Maß von der Konjunktur in den wichtigsten Abnehmerländern abhängig bleiben. Das Tempo der konjunkturellen Expansion wird im Laufe des Jahres 1984 etwas nachlassen. Im Jahresdurchschnitt ist mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 2 vH zu rechnen. Bei der zu erwartenden Verbesserung der binnenwirtschaftlichen Wachstumsvoraussetzungen dürfte die Zunahme des Bruttosozialprodukts sich auch 1985 in einer ähnlichen Größenordnung bewegen.

Die *kleineren westeuropäischen Länder* werden von der Konjunkturentwicklung in den größeren Volkswirtschaften profitieren. Allerdings wird die wirtschaftliche Expansion 1984 nur verhalten sein, zumal die meisten Regierungen weiterhin auf Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bedacht sind. Fast überall haben sich die Exporte etwas günstiger als erwartet entwickelt. Gleichzeitig hat sich die Gewinnsituation der Unternehmen verbessert. So wird sich allmählich auch die Investitionstätigkeit wieder beleben.

Die bisherige Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern; insbesondere in den USA, hat die *Entwicklungsländer* zwar einerseits begünstigt, indem sie ihnen eine Exportausweitung und eine Verbesserung ihrer Leistungsbilanzen nicht nur über Importeinschränkungen ermöglichte. Andererseits bedeuten die Zinssteigerungen der jüngsten Zeit eine weitere Belastung der hochverschuldeten Länder. Die zu erwartende Expansionsverlangsamung in den Industrieländern wird den Entwicklungsländern einen weiteren Defizitabbau erschweren. Zu der Belastung durch den hohen Zinssatz kommt eine Verschlechterung ihrer Absatzaussichten. Eine gewisse Entlastung ist allenfalls von der weiteren Dollarkursentwicklung zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der konjunkturellen Erholung nach Ende des Arbeitskampfes

In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich zu Beginn dieses Jahres der konjunkturelle Erholungsprozeß zunächst fort. Das reale Bruttosozialprodukt, das schon zum Jahresende 1983, vor allem wegen der verstärkten Auslieferungen von Ausrüstungsinvestitionen, sehr kräftig gestiegen war, erhöhte sich im ersten Jahresviertel nur wenig schwächer als zuvor. Das Vorjahrsniveau wurde dabei um rund 3,5 vH übertraffen. Der Anstieg war vor allem der nun kräftig in Gang gekommenen Entwicklung der Ausfuhr zuzuschreiben; der Warenexport übertraf das Niveau der entsprechenden Vorjahrszeit um rund 10 vH. Überraschend war, daß die Ausrüstungsinvestitionen nach der investitionszulagebedingten Auslieferungsspitze (viertes Quartal 1983) kaum zurückgingen und dabei um 8 vH höher lagen als ein Jahr zuvor.

Expansiv waren zu Jahresbeginn die Bauinvestitionen, eine Entwicklung, die nicht nur durch relativ günstige Witterungsbedingungen, sondern auch durch die zuvor gebildeten hohen Auftragsbestände gefördert wurde. Die Ausweitung der Bauleistungen betraf alle großen Sektoren: Wohnungsbau, Wirtschaftsbau und — wohl vor allem getragen vom witterungsbegünstigten Tiefbau — sogar die öffentliche Bautätigkeit.

Impulse erhielt die konjunkturelle Entwicklung auch vom privaten Verbrauch, der zuvor ein halbes Jahr lang real stagniert hatte. Zur positiven Entwicklung dieses größten Nachfrageaggregats trugen allerdings Sondereinflüsse bei; hervorzuheben ist neben dem abermaligen Freiwerden hoher Beträge von prämienebegünstigt angelegten Ersparnissen vor allem, daß Unternehmen, um einer später höheren Abgabenbelastung zu entgehen, die Zahlung von Urlaubs- und Weihnachsgeldern zeitlich vorzogen. Diese „außerplanmäßige“ Einkommenserhöhung hat die betreffenden Arbeitnehmerhaushalte offenbar zu vermehrten Anschaffungen von langlebigen Konsumgütern ermutigt. Der Einzelhandel konnte in den entsprechenden Sparten über erfreuliche Umsatzzuwächse berichten.

Das Preisklima blieb günstig. Zwar übertraf die Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte vorübergehend wieder die 3 vH-Marke; dies indes nur wegen des Basiseffekts, der sich aufgrund des absoluten Preisstillstands vor einem Jahr ergab; in laufender Rechnung entsprach das Tempo der Preissteigerung einer Jahresrate von nur etwa 2 vH.

Trotz des anhaltenden Produktionsanstiegs hat sich die Lage am Arbeitsmarkt nicht weiter verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen nahm saisonbereinigt nach der Jahreswende sogar leicht zu, nicht saison-

bereinigt wurde im Januar und Februar wiederum die Größe von 2,5 Mill. überschritten. Mit 0,6 Mill. nur halb so groß wie ein Jahr zuvor war jedoch die Zahl der Kurzarbeiter. Daß sich der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht fortsetzte, lag daran, daß die Zahl der Beschäftigten noch nicht zunahm, sowie auch daran, daß sich — im Unterschied zu den letzten Monaten des vergangenen Jahres — eine Nettozuwanderung von Erwerbspersonen ergeben hat. Eine Rolle hat hierbei die vorübergehende Lockerung der Ausreisebeschränkungen durch die DDR-Behörden gespielt.

Nach dem insgesamt erfreulichen Jahresauftakt schwächte sich indes im Frühjahr die gesamtwirtschaftliche Aktivität ab. Im März/April, also schon vor Streikbeginn, ging die Industrieproduktion zurück. Vermutlich waren die günstigen Produktionsergebnisse in den beiden Anfangsmonaten dieses Jahres auch durch Vorsorgekäufe mitbestimmt worden, so daß der Rückgang als Reflex hierauf interpretiert werden kann. Die negative wirtschaftliche Entwicklung im zweiten Quartal wurde überwiegend durch die Arbeitskämpfe in der Druck-, vor allem aber in der Metallindustrie geprägt, die im Mai mit großer Schärfe einsetzten. Die streikbedingten Produktionsausfälle im Mai und Juni betrafen nicht nur die Automobilindustrie und ihre Zulieferanten aus dem Bereich der metallverarbeitenden Industrie, sondern auch die Zulieferer aus anderen Wirtschaftszweigen. Mit zunehmender Dauer und Intensität der Streiks und Aussperrungen strahlte dies immer weiter aus. Gingen die Produktionseinschränkungen zunächst auf das Ausbleiben von Zulieferungen zurück, kamen in der Folge immer mehr auch fehlende Abnahmemöglichkeiten der vom Streik betroffenen Verarbeiter hinzu.

Gemessen an der Zahl der ausgefallenen Arbeitstage war der nun abgeschlossene Arbeitskampf der heftigste in der Geschichte der Bundesrepublik. Für die industrielle Produktion im zweiten Quartal dürfte er Ausfälle von etwa 3 vH verursacht haben. Sie haben sich auch negativ auf andere Wirtschaftsbereiche ausgewirkt, zum Beispiel auf den Verkehr, dessen Transportaufkommen geschmälert worden ist, sowie auf den Großhandel. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte deshalb in der genannten Periode um reichlich 1 vH niedriger ausgefallen sein als ohne Streiks und Aussperrungen; das bedeutet, daß es saisonbereinigt wohl um 0,5 bis 1 vH gegenüber dem Vorquartal gesunken ist. Auf der Verwendungsseite haben die Produktionsausfälle vor allem den privaten Verbrauch (Automobile) und den Export beeinträchtigt. Eine Quantifizierung ist hier aber wegen des Fehlens statistischer Daten nur innerhalb größerer Fehlergrenzen

möglich. Auch kann noch nicht beurteilt werden, inwieweit die Haushalte von Arbeitnehmern, die arbeitskampfbedingt Einkommensausfälle hinnehmen mußten, ihre Konsumausgaben entsprechend eingeschränkt oder auf Ersparnisse zurückgegriffen haben.

Zweites Halbjahr 1984: Erholung setzt sich wieder durch

Die Beeinträchtigung der Produktionstätigkeit im zweiten Quartal läßt keinesfalls den Schluß zu, das zu erwartende Jahresergebnis fiele nun um die streikbedingten Produktionsausfälle niedriger aus. Zu erwarten ist vielmehr, daß die Unternehmen versuchen werden, die Produktionseinbußen im weiteren Verlauf dieses Jahres zum großen Teil aufzuholen. Die meisten Firmen verfügen über einen Kapazitätsspielraum, der ihnen das ermöglicht. Allerdings dürften sich potentielle Käufer teilweise dem Ausland zugewendet haben, jedoch mit großen Unterschieden von Unternehmen zu Unternehmen. Zu einem Teil dürften also temporäre Angebotsengpässe zu dauerhaften Nachfrageausfällen geführt haben, die allerdings insgesamt — bezogen auf Jahreswerte — kein allzu großes Gewicht haben dürften. Soweit ein Nachholen ausgefallener Produktion auf Schwierigkeiten bei den verfügbaren Kapazitäten stößt, läßt sich die Produktion durch Überstunden erhöhen, wobei gleichzeitig ein Teil der erlittenen Einkommenseinbußen bei den Arbeitnehmern wettgemacht würde. Keine Schwierigkeit, das Angebot zu vergrößern, besteht übrigens in denjenigen Unternehmen, in denen der Stillstand der Produktion durch vorgezogene Werksferien überbrückt wurde; die Zahl der danach verfügbaren Arbeitstage ist entsprechend größer.

Hier wird angenommen, daß im Laufe des zweiten Halbjahres die streikbedingten Produktionsausfälle zu etwa zwei Dritteln aufgeholt werden. Für das verarbeitende Gewerbe bedeutet dies — bei einem streikbedingten Produktionsverlust im zweiten Quartal von 3 vH (auf das Jahr umgerechnet 0,75 vH) —, daß etwa 2 vH (für das ganze Jahr 0,5 vH) aufgeholt würden. Auf das ganze Jahr gesehen, betrüge demzufolge der den Arbeitskämpfen direkt zurechenbare Produktionsverlust bei der Industrie 0,25 vH und beim Bruttosozialprodukt noch weniger.

Die zweite in diesem Zusammenhang diskutierte Frage richtet sich auf die klimatischen Wirkungen des Arbeitskampfes und der schließlich gefundenen tariflichen Vereinbarungen, insbesondere bei der Arbeitszeit, auf Investitionsneigung und Konsumbereitschaft. Jedenfalls zeigen frühere Nach-Streik-Perioden, daß selbst heftige Arbeitskämpfe keinen Klimawandel nach sich ziehen müssen. Von dieser Seite her dürfte die Investitionsneigung der Unternehmen auch diesmal kaum beeinträchtigt werden, und

die Konsumneigung der privaten Haushalte wird aufgrund der nun nicht mehr bestehenden Unsicherheit über die weitere Einkommensentwicklung zumindest vorübergehend sogar größer werden. Wenig Bedeutung für die Investitionsneigung dürfte aber auch die nun gefundene Arbeitszeitregelung haben: Die Kostenmehrbelastung hält sich in engen Grenzen, und bis zum Wirksamwerden bleibt den Unternehmen genügend Zeit für die Vorbereitung von Anpassungsmaßnahmen, zumal die Regelung erheblichen Gestaltungsspielraum einräumt.

Nimmt man hinzu, daß die Rahmenbedingungen nach wie vor günstig sind, so spricht vieles für eine Fortsetzung des konjunkturellen Anstiegs in der Bundesrepublik im weiteren Verlauf dieses Jahres:

- Die Hoffnung, daß es noch 1984 zu weiteren Senkungen des Kapitalmarktzinses kommen kann, ist auch nach der jüngsten Erhöhung des Diskontsatzes durch die Deutsche Bundesbank gerechtfertigt. Die Geldbeschaffungskosten der Banken steigen dabei nur wenig, da die Bundesbank zugleich die Rediskontkontingente deutlich erhöht hat. Die Zentralbankgeldmenge ist in die Mitte des Zieltrichters eingeschwenkt; fundamentale Marktfaktoren, wie Leistungsbilanzüberschüsse, moderate Kosten- und Preisentwicklung sowie eine keineswegs überbordende Kreditnachfrage, weisen auf niedrigere Kapitalmarktzinsen hin. Diese Faktoren haben nun auch außenwirtschaftlich größeres Gewicht als noch im letzten Jahr erlangt. Obwohl die amerikanischen Kapitalmarktzinsen in den ersten Monaten dieses Jahres fühlbar anzogen, reagierten die Geldanleger nicht mit verstärkten Kapitalexporten und einer Einschränkung ihrer Engagements auf dem deutschen Rentenmarkt. Zuletzt war der deutsche Anleihezins sogar etwas niedriger als zu Ende vorigen Jahres, und das Kapitalzinsgefälle gegenüber den USA erweiterte sich von 3 auf fast 6 %. Die für die weitere konjunkturelle Belebung in der Bundesrepublik dringend erforderlich gewesene Abkoppelung vom amerikanischen Zinsniveau ist also vorangekommen.
- Kräftige Impulse sind weiterhin von der Ausfuhr zu erwarten, denn der Welthandel wird auch in der kommenden Zeit stark expandieren. Der deutsche Export wird dabei sowohl von der zunehmenden Investitionsneigung in anderen Industrieländern als auch von einer anhaltend günstigen Wettbewerbsposition aufgrund des nach wie vor hohen, wenn vermutlich auch leicht steigenden Wechselkurses zum US-Dollar profitieren. Kurzfristig dürfte es beim Erdöl keine Angebotsverknappungen und damit auch keine Preissteigerungen geben.
- Die Lohnabschlüsse der diesjährigen Tarifrunde schließen eng an das Vorjahr an. Damit bleibt der Anstieg der Lohnstückkosten niedrig; er läßt Raum

für eine nochmalige deutliche Ausweitung der Gewinne in der zweiten Hälfte dieses Jahres. Die Einfuhrpreise dürften saisonbereinigt nur noch wenig steigen, so daß auch von dieser Seite her die Kostensituation der Unternehmen vorteilhaft bleibt.

Die Finanzpolitik trägt allerdings nicht zum konjunkturellen Anstieg bei, sie behindert diesen vielmehr. Dies ergibt sich sowohl aus dem Fortwirken schon früher beschlossener Sparmaßnahmen im Transferbereich und dem Kurzhalten der Sachausgaben auf ein Maß, das keine realen Steigerungen zuläßt, als auch aus weiteren Abgabenerhöhungen (erhöhter Krankenversicherungsbeitrag der Rentner, Beitragspflicht für Einmalzahlungen an Arbeitnehmer). Finanzpolitisch angeregt werden allerdings auch in diesem Jahr der Wohnungsbau und der gewerbliche Bau.

Bei alledem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion schon bald Anschluß an die konjunkturelle Erholung zu Beginn dieses Jahres finden. Infolge der Streiks wird sich allerdings das Profil der konjunkturellen Entwicklung für den Jahresverlauf im Vergleich zu früheren Prognosen verändern: Die Vorstellung eines fast gleichmäßigen Produktionsanstiegs im Jahresverlauf wird abgelöst von der einer deutlichen Beschleunigung im zweiten Halbjahr, nach Quasi-Stagnation im ersten Halbjahr.

Die stärkste Zugkraft wird von der Ausfuhr ausgehen. Schon im ersten Teil dieses Jahres hat sich eine Veränderung der Warenstruktur des Exports angedeutet, die im weiteren Verlauf dieses Jahres ausgeprägt werden dürfte: Zum Anstieg der Ausfuhr tragen die Zweige des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes aufgrund eines Abklingens positiver lagerzyklischer Dispositionen im Ausland weniger bei, dafür verstärkt sich der Anteil von Investitionsgütern an der gesamten Warenausfuhr erheblich. Diese Strukturverschiebung zeichnete sich schon im Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe in den letzten Monaten ab. Insgesamt wird die reale Warenausfuhr im zweiten Halbjahr ihr Vorjahresniveau um etwa 10 vH übertreffen; die Ausfuhr von Dienstleistungen, die seit etwa eineinhalb Jahren stagniert hat, dürfte ebenfalls zunehmen und zur Vergrößerung der außenwirtschaftlichen Überschüsse beitragen.

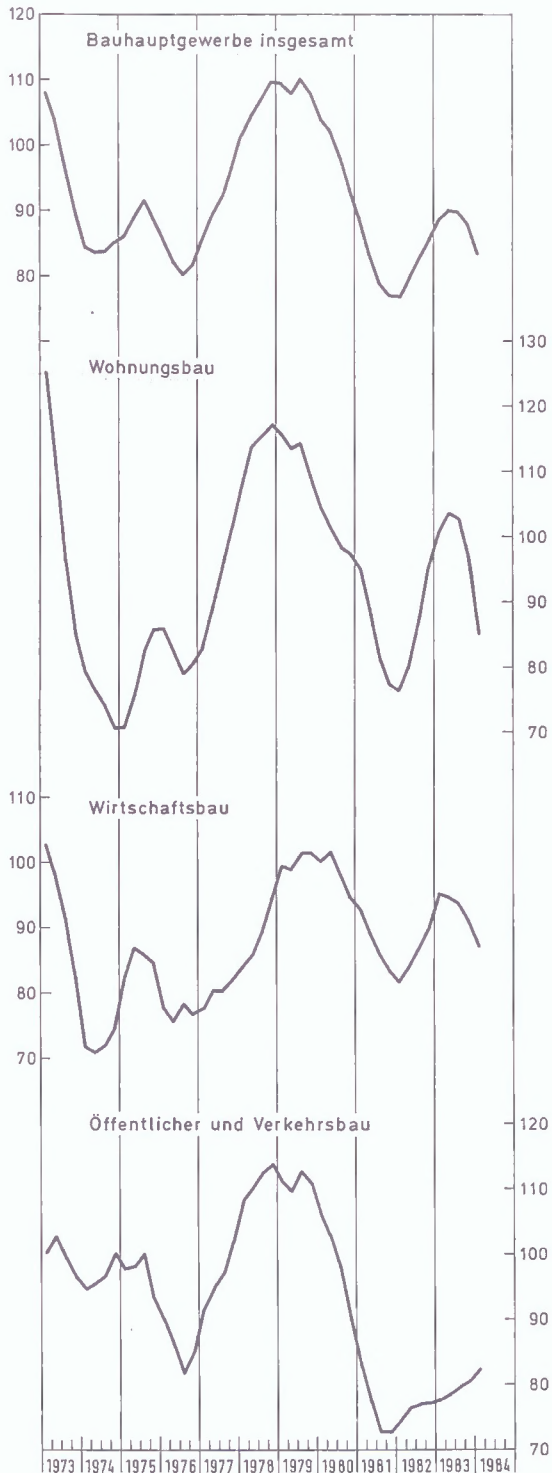
Von den Anlageinvestitionen wird auch im weiteren Verlauf dieses Jahres erhebliche konjunkturelle Triebkraft ausgehen. Bei den Bauinvestitionen tragen hierzu finanzpolitische Anregungen bei; beim Wohnungsbau wie auch beim gewerblichen Bau ist dies vor allem der Ablauf der Fertigstellungsfrist für die von der Investitionszulage begünstigten Projekte; beim Wohnungsbau kommt der Ablauf der Frist für Bauten hinzu, für die noch die Mehrwertsteueroption in Anspruch genommen werden soll (Bauherrenmodell). Auch wenn diese Frist, wie jetzt vorgeschlagen, um

ein Vierteljahr verlängert werden sollte, änderte dies nichts daran, daß sowohl im Wohnungsbau als auch im gewerblichen Bau die Fertigstellungen in den nächsten Monaten erheblich intensiviert werden. Im Wohnungsbau ist seit Mitte 1982 die Nachfrage nach Eigentumswohnungen besonders stark gestiegen. Für einen Großteil dieser Objekte kann der Baubeginn erst in diesem Jahr stattfinden. Mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate von rund 6 vH wird dabei der Wohnungsbau der expansivste Bereich der Bauinvestitionen sein. Allerdings werden dem die gewerblichen Bauinvestitionen, zu denen auch die stark steigenden Investitionen von Bundesbahn (Neubaustrecken) und Bundespost (Breitbandkabelnetze) gehören, nur wenig nachstehen (+ 5,5 vH). Bei den staatlichen Bauinvestitionen ist eine Tendenzänderung insofern zu erwarten, als sie im Unterschied zu den vergangenen drei Jahren, in denen sie insgesamt um ein Viertel gekürzt worden sind, nicht mehr abnehmen. Diese relative Verbesserung wird durch die Entwicklung des Auftragseingangs beim Bauhauptgewerbe sowohl für den staatlichen Hochbau als auch für den Tiefbau signalisiert. Bis in das Frühjahr hinein diente dieser Anstieg allerdings mehr dazu, die auf ein Minimum geschrumpften Auftragsbestände bei den Bauunternehmen wieder etwas aufzustocken, als die Produktion zu erhöhen.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen sprechen die einzelwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch die Entwicklung der Auftragsvergaben aus dem Inland an die entsprechenden Produktionssektoren, für einen weiteren relativ kräftigen Anstieg. Bemerkenswert ist, daß dieser, im Unterschied zum Vorjahr, weitgehend ohne besondere finanzpolitische Anregungen stattfindet. Zwar besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen den expandierenden gewerblichen Bauinvestitionen und dem Bedarf an neuen Ausrüstungsinvestitionen; entscheidend dürfte jedoch sein, daß bei inzwischen doch wieder merklich gestiegener Kapazitätsauslastung und relativ günstigen Finanzierungsbedingungen die Bereitschaft der Investoren zur Modernisierung, teilweise aber auch zur Erweiterung, ihrer Produktionsanlagen größer geworden ist. Dabei spielt für die wachsende Investitionsneigung der Unternehmen der kräftige Anstieg der realen Exporte eine prägende Rolle. Für die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im Jahresverlauf 1984 dürften die streikbedingten Produktionsausfälle im zweiten Quartal relativ wenig Bedeutung haben. In Mitleidenschaft gezogen worden sind nur die Lieferungen von Straßenfahrzeugen, die am Gesamtvolumen der Ausrüstungsinvestitionen keinen allzu hohen Anteil haben und bei denen die Investoren überdies einen großen Teil ihres voraussehbaren Bedarfs schon mit der Inanspruchnahme der Investitionszulage, d.h. im vorigen Jahr gedeckt haben. Gerade deshalb ist die voraussichtliche jahresdurchschnittliche Erhöhung der rea-

AUFTRAGSEINGANG IM BAUHAUPTGEWERBE

saisonbereinigte Werte ¹⁾
Volumenindex (1980 = 100)



¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

len Ausrüstungsinvestitionen um reichlich 5 vH ein recht erfreuliches Ergebnis.

Nach dem Ende der Arbeitskämpfe, die neben Lieferausfällen (Kraftfahrzeuge) vor allem zu Einkommenseinbußen und zu vorsichtigerem Ausgabenverhalten der privaten Haushalte geführt haben, wird sich der private Konsum in den kommenden Monaten beleben. Die effektiven Einkommen der Arbeitnehmer werden wegen der zu erwartenden Überstunden etwas stärker steigen als die tariflichen Stundenlöhne, für die sich aus den bisherigen Abschlüssen eine Zunahme von etwa 3,5 vH abzeichnet. Hinzu kommt ein leichter Anstieg der Beschäftigtenzahl. Unter Berücksichtigung der Abzüge von Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung erhöht sich die Nettolohn- und -gehaltsumme eher etwas stärker als die Verbraucherpreise, so daß mit einem geringfügigen Zuwachs der realen Netto-Arbeitseinkommen gerechnet werden kann. Gedämpft wird indes die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte wegen der nur geringfügigen Erhöhung der empfangenen Einkommensübertragungen. Eine kräftige Zunahme ist allerdings — auch aufgrund der günstigen Gewinnentwicklung — bei den entnommenen Gewinnen und Vermögenseinkünften zu erwarten. Aus strukturellen Gründen läge es daher nahe, für die Ersparnis der privaten Haushalte einen überproportionalen Anstieg anzunehmen. Zu bedenken ist aber auch, daß sich zum Jahresende aufgrund der Beitragspflicht beim Weihnachtsgeld für die Arbeitnehmer Einkommensausfälle ergeben werden, die wohl zum Teil durch einen Rückgriff auf Ersparnisse ausgeglichen werden; eine geringe Ersparnisbildung darf man auch bei den Empfängern von Einkommensübertragungen unterstellen, da diese Einkommen weniger erhöht werden als die Preise steigen. Insgesamt ergibt sich für die privaten Haushalte eher eine Verminderung der Sparquote. Der reale private Verbrauch wird im zweiten Halbjahr das Vorjahrsniveau um 2 vH übertreffen.

Von den Lagerdispositionen werden in dieser Periode unterschiedliche Impulse ausgehen. Aufgrund der Streiks sind die Fertigwarenläger bei Produzenten und Handel weitgehend abgebaut worden; ihre Wiederauffüllung wird die Produktion anregen. Dagegen brauchen die Rohstoffläger kaum noch aufgestockt zu werden. Die Impulse für die Einfuhr werden deshalb schwächer sein als in der Periode der starken Lageraufstockung um die Jahreswende 1983/84. Die Entwicklung der Einfuhr von Fertigwaren hängt davon ab, inwieweit sie von einer streikbedingten Verlagerung der Nachfrage und der beschleunigten Expansion des realen privaten Verbrauchs profitieren wird. In beiden Punkten spricht die wechsellkursbedingt günstige Wettbewerbsposition der inländischen Produzenten gegen die Annahme größerer Effekte. Insgesamt wird die reale Wareneinfuhr im zweiten Halbjahr 1984 ihr

Vorjahresniveau nur noch um gut 6 vH übertreffen, nach mehr als 10 vH im ersten Halbjahr. Im Jahresdurchschnitt wird die reale Einfuhr etwas weniger zunehmen als die Ausfuhr, der Außenbeitrag wird steigen. Bei nur wenig veränderten Terms of Trade zeichnet sich damit für 1984 ein Anstieg des Überschusses in der Leistungsbilanz ab.

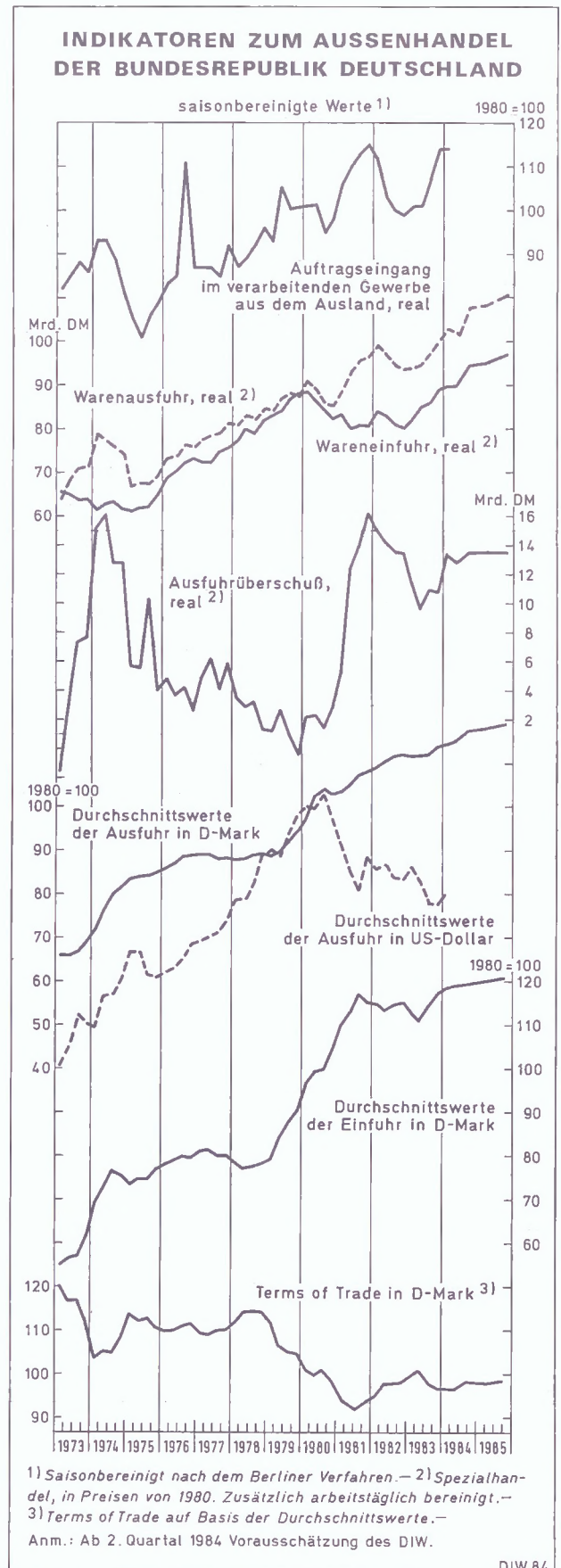
Das reale Bruttosozialprodukt wird bei diesem Nachfrageverlauf und aufgrund der Bestrebungen, Streikausfälle aufzuholen, im dritten Quartal kräftig steigen, aber auch im Jahresendquartal dürfte sich ein weiterer deutlicher Zuwachs ergeben. Dabei wird im zweiten Halbjahr das Produktionsniveau der entsprechenden Vorjahrsperiode um etwa 3,5 vH übertroffen werden; im Jahresdurchschnitt ist für das reale Produkt ein Anstieg von etwas weniger als 3 vH zu erwarten.

Obwohl die Zahl der Beschäftigten im Jahresverlauf leicht steigen wird, dürfte sie im Jahresdurchschnitt noch etwas niedriger sein als im Vorjahr. Unter der Voraussetzung, daß von der Außenwanderung im weiteren Jahresverlauf wieder entlastende Effekte auf den Arbeitsmarkt ausgehen, wird sich die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt — wenn auch nur leicht — verringern. Im Jahresdurchschnitt wird sie indes nur wenig niedriger sein als im Vorjahr und rund zweieinviertel Millionen betragen.

Perspektiven für 1985: Wirtschaftswachstum schwächt sich ab

Die nun seit eineinhalb Jahren anhaltende konjunkturelle Erholung der Bundesrepublik hat bisher keine ausreichenden Impulse zur Selbstverstärkung der Auftriebskräfte gebracht. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist zunächst getragen worden von einer Verstärkung der Verbrauchsneigung der privaten Haushalte und von den Impulsen, die mit der befristeten Investitionszulage an die Unternehmen gegeben worden waren. In der späteren Phase kamen Auftriebskräfte hinzu, die von der Erholung der Weltwirtschaft ausgingen und — zusammen mit der günstigen Wettbewerbsposition der deutschen Produzenten — einen sehr kräftigen Anstieg der Ausfuhr bewirkten. Die Erhöhung der Verbrauchsneigung, die sich in der gesunkenen Sparquote widerspiegelt, wird sich nicht wiederholen: Nach dem deutlichen Rückgang von 1982 auf 1983 hat sie sich auf dem niedrigeren Niveau stabilisiert.

Temporären Charakter haben naturgemäß die von der befristeten Investitionszulage ausgehenden Impulse. Bei den Ausrüstungsinvestitionen sind sie schon 1983 ausgelaufen, bei den Bauinvestitionen klingen sie mit dem Ende dieses Jahres aus. Insgesamt hat sich jedoch mit der bisherigen konjunkturel-



len Verbesserung die Investitionsneigung auf höherem Niveau stabilisiert, eine Entwicklung, die wohl auch im kommenden Jahr anhalten wird. Dies gilt insbesondere, da damit zu rechnen ist, daß die Arbeitskämpfe keinen nachhaltigen negativen Einfluß auf das Investitionsklima hinterlassen.

Die von der Weltkonjunktur ausgehenden Auftriebskräfte werden sich 1985 deutlich abschwächen: Der reale Welthandel wird im kommenden Jahr nur noch um 4 vH zunehmen, nach 6 vH im laufenden Jahr.

An der Grundtendenz der Finanzpolitik wird sich auch im kommenden Jahr nur wenig ändern. Die Haushaltskonsolidierung hat nach wie vor Priorität.

Die Bundesbank wird wahrscheinlich ein Geldmengenziel anstreben, das sich, wie bisher, aus erwartetem Potentialwachstum und dem für unvermeidlich gehaltenen Preisanstieg errechnet.

Unter diesen Voraussetzungen zeichnen sich für 1985 die folgenden Konturen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab.

Die reale Warenausfuhr wird, entsprechend der Entwicklung des Welthandels, stark abgeschwächt zunehmen. Dabei werden die für die Bundesrepublik günstigen Effekte der verbesserten weltweiten Investitionstätigkeit wie auch der expansiven Lagerdispositionen im Ausland wohl nicht mehr die hohe Bedeutung haben wie im Jahr 1984; der Export der Bundesrepublik dürfte deshalb — trotz weiterhin günstiger Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen — nicht viel stärker als der Welthandel steigen. Vorausgeschätzt wird hier eine Zunahme des Warenexports von reichlich 4 vH.

Der Staat wird mit der Entwicklung seiner Ausgaben das Produktionspotential wiederum weniger beanspruchen; der Anstieg der Ausgaben, die mit etwa 2,5 vH abermals deutlich schwächer zunehmen werden als das nominale Bruttosozialprodukt, läßt keinen Spielraum für einen realen Zuwachs. Dies gilt für die laufenden Sachausgaben ebenso wie für die Investitionsausgaben. Die Personalausgaben werden wohl nur in dem Umfang erhöht werden, wie die tarifliche Bezahlung steigt; dieser Anstieg könnte etwas höher ausfallen als in diesem Jahr; die Einstellungspolitik wird weiter restriktiv sein.

Die Einnahmen des Staates werden sich entsprechend der konjunkturellen Entwicklung 1985 ähnlich günstig entwickeln wie in diesem Jahr. Hierbei ist unterstellt, daß sich die Höhe der Gewinnabführung der Bundesbank an den Bundeshaushalt gegenüber 1984 kaum ändert (1985: 10 Mrd. DM). Insgesamt werden die Staatseinnahmen für 1985 um 5 vH höher veranschlagt. Obwohl die Mindereinnahmen aus dem Steueränderungsgesetz 1984 (u.a. Entlastung der Unternehmen bei der Vermögensteuer, Sonderabschreibun-

gen) um etwa 2 Mrd. DM höher ausfallen dürften als 1984 und rund 4,5 Mrd. DM erreichen, werden die Steuereinnahmen mit knapp 6 vH nur wenig schwächer als in diesem Jahr expandieren. Bei den Lohnsteuereinnahmen ist eine Steigerung um 8 vH zu erwarten. Auch die Gewinnsteuern werden aufgrund der anhaltend positiven Gewinnentwicklung merklich zunehmen (7 vH). Das Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz, das 1984 wegen der Steuersatzanhebung zur Jahresmitte 1983 mit gut 9 vH noch deutlich rascher als die Steuerbemessungsgrundlage expandierte, wird 1985 bei einem Anstieg von 4,5 vH mit der Expansion des nominalen Bruttosozialprodukts Schritt halten.

Unter diesen Bedingungen ist damit zu rechnen, daß sich der Abbau der staatlichen Defizite beschleunigt fortsetzt. Betrug das Defizit in den öffentlichen Haushalten 1983 noch 45 Mrd. DM, so wird es 1984 auf 30 Mrd. DM sinken und 1985 nur noch etwa 10 Mrd. DM betragen.

Entwicklung der Bauinvestitionen
zu Preisen von 1976

	1983	1984	1985
in Mrd.DM			
Wohnbauten	71,7	76	78
Wirtschaftsbauten	47,1	49,5	50,5
Staat	28,3	28,5	28,5
Insgesamt	147,0	154	157
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Wohnbauten	4,7	6	2,5
Wirtschaftsbauten	1,9	5,5	2
Staat	-8,8	0,5	1
Insgesamt	0,9	5	2
Quellen: 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; 1984 und 1985 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.			

Die Entwicklung der realen Anlageinvestitionen wird 1985 die Konjunktur noch stützen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen sprechen die Rahmendaten wie auch die Entwicklung des inländischen Auftragseingangs bei den Investitionsgüterproduzenten für eine Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung und für eine abermals über dem realen Sozialproduktzuwachs liegende Wachstumsrate. Deutlich abschwächen wird sich dagegen das Wachstum der Bauinvestitionen. Dies beruht vor allem auf der Entwicklung im Wohnungsbau. Mit den finanzpolitischen Anregungen, die die Bautätigkeit in diesem Sektor bis zum Ende dieses Jahres bestimmen, ist wohl in gewissem Umfang der Bedarf vorab gedeckt worden. Immerhin geht die

laufende Baunachfrage, deren Entwicklung mit über einjähriger Verzögerung auch die Bautätigkeit vorzeichnet, nun schon seit einigen Monaten zurück. Deshalb wird der Wohnungsbau 1985 allenfalls geringfügig zunehmen, vor allem dank des hohen Überhangs bei Neubauten und der nach wie vor regen Modernisierung von Wohnungen. Auch bei der Abschwächung der gewerblichen Bauinvestitionen spielt das Auslaufen finanzpolitischer Impulse zum Ende dieses Jahres eine Rolle; sie werden 1985 nur noch um 2 vH wachsen. Von den staatlichen Investitionen sind abermals keine nennenswerten Impulse zu erwarten. Damit wird sich die Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft im kommenden Jahr verschlechtern: Nach einem Anstieg in diesem Jahr wird die Zahl der Beschäftigten 1985 sinken, die der arbeitslosen Bauarbeiter wieder steigen.

In der Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zeichnen sich für das kommende Jahr keine neuen Tendenzen ab. Geringfügig beschleunigen wird sich wegen einer im Jahresdurchschnitt etwas höheren Zahl beschäftigter Arbeitnehmer und etwas höherer tariflicher Abschlüsse der Anstieg der Nettolohn- und -gehaltssumme. Von der jetzt beschlossenen Verkürzung der Arbeitszeit im Metallbereich und der dabei für den Lohnausgleich gefundenen Lösung werden keine meßbaren Einflüsse auf die gesamte Einkommensentwicklung ausgehen. Insgesamt wird das verfügbare Einkommen um reichlich 4 vH zunehmen. Die Preissteigerungsrate beim privaten Verbrauch, die im Jahresdurchschnitt 1984 knapp unter 3 vH bleiben und am Jahresende 2,5 vH betragen wird, dürfte im Durchschnitt 1985 diese Größe beibehalten. Bei unveränderter Sparneigung ergibt sich aus der Einkommensentwicklung ein Anstieg des realen privaten Verbrauchs um nur 1,5 vH.

Mit Ausnahme des privaten Verbrauchs, der ohnehin nur schwach steigt, werden nach dieser Prognose 1985 alle Verwendungsbereiche des realen Sozialprodukts abgeschwächt zunehmen. Dies wird sich auch auf die Einfuhr auswirken, deren Anstiegstempo etwa auf das des Exports zurückfallen wird; der reale Außenbeitrag wird dabei fast unverändert bleiben. Bei einer leichten Verbesserung der Terms of Trade ergibt sich daraus die fortgesetzte Tendenz zur Vergrößerung des Überschusses in der Leistungsbilanz.

Aus den einzelnen Nachfragekomponenten errechnet sich für das reale Bruttosozialprodukt 1985 ein Anstieg von knapp 2 vH. Für die Produktion des verarbeitenden Gewerbes ergibt sich ein im Vergleich dazu nochmals leicht überproportionaler Anstieg von 2,5 vH, nach 4 vH im Jahre 1984. Für den Verlauf im Jahre bedeutet dies eine beträchtliche konjunkturelle Abflachung des Wachstumstempes.

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr

	1983	1984	1985
Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	-4,9	-2	0
Verarbeitendes Gewerbe	1,0	4	2,5
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	3,1	5	1
Investitionsgüter prod. Gewerbe	-0,4	4	4
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,6	4	2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	0,6	1	2
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	0,7	4	2,5
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	-4,2	-1	0
Arbeitszeit	0,8	0,5	-1
Arbeitsvolumen	-3,4	-0,5	-1
Produktivität	4,5	4,5	3,5
Lohnsumme	-0,3	2,5	2,5
Effektiver Lohnsatz	3,2	3	3,5
Lohnstückkosten	-1,3	-1,5	0

1) Kalendermonatlich, 1980 = 100. -

Quellen: 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1984 und 1985 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsrate gerundet.

Für den Arbeitsmarkt läßt sich daraus, auch wenn man einen leichten positiven Einfluß der Arbeitszeitverkürzung auf die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer annimmt, keine Verbesserung prognostizieren. Allerdings wird die Zahl der Beschäftigten wegen des mit dem Beschäftigtenanstieg im Verlauf dieses Jahres entstehenden Überhangs höher ausfallen als 1984. Im Jahresverlauf von 1985 wird sich das Bild jedoch wieder verschlechtern. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Vergleich zu 1984 praktisch unverändert bleiben, die Arbeitslosenquote auch im dritten Jahr eines konjunkturellen Anstiegs der Produktion die Größe von 9 vH nicht unterschreiten.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die Folgewirkungen des langanhaltenden Arbeitskampfes in der Druck- und Metallindustrie können zwar noch nicht abschließend beurteilt werden. Nachhaltige negative Wirkungen auf das Verhalten von Unternehmen und privaten Haushalten werden aber nicht für sehr wahrscheinlich gehalten; dieses Urteil wird gestützt durch die Analyse früherer Reaktionen der Wirtschaft auf größere Arbeitskonflikte.

Kurzfristig werden sich die Unternehmen, die von Produktionsausfällen betroffen sind, bemühen, diese Einbußen so weit wie möglich wettzumachen. Vor diesem Hintergrund wird sich das reale Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1984 um knapp 3 vH erhöhen. Schon heute zeichnet sich ab, daß — bei Betrachtung der jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten — das Jahr 1984 damit den Höhepunkt des gegen-

wärtigen Konjunkturzyklus darstellen wird, denn schon im Laufe des nächsten Jahres ist eine deutliche Abschwächung des Wachstumstempos wahrscheinlich. Eine Zwischenbilanz des konjunkturellen Anstiegs seit 1983 zeigt günstige Resultate in der außenwirtschaftlichen Entwicklung — die Leistungsbilanz weist Überschüsse auf — und in der Preisentwicklung; die Verbraucherpreise werden sich im weiteren Verlauf dieses Jahres und auch im nächsten Jahr mit Raten von 2 1/2 vH erhöhen.

Im Unterschied zu früheren Perioden konjunkturellen Anstiegs wird es jedoch keinen spürbaren Abbau der katastrophal hohen Arbeitslosigkeit geben; weder 1984 noch 1985 wird das jahresdurchschnittliche Niveau der Zahl der Arbeitslosen nennenswert hinter dem Rekordstand im Jahre 1983 von 2,26 Mill. zurückbleiben. Dieses deprimierende Ergebnis ist nicht zuletzt eine Folge des massiven Konsolidierungsprozesses bei den Staatsfinanzen in den Jahren seit 1980. Der Abbau des Defizits kam zudem erst sichtbar voran, als aufgestaute Nachfrage im privaten Sektor — und später auch im Ausland — zyklischen Auftriebskräften zum Durchbruch verhelfen und sich dabei die Einnahmensituation des Staates deutlich verbesserte. Hinzu kam, daß die restriktive Ausgabenpolitik in ihren Wirkungen vorübergehend mit Hilfe der befristeten Investitionszulage, die punktuelle Anregungen insbesondere für die Bauinvestitionen gegeben hat, teilweise kompensiert werden konnte. Die beschäftigungspolitischen Versäumnisse der Finanzpolitik konnten dabei aber, wie die Entwicklung am Arbeitsmarkt deutlich zeigt, nicht überspielt werden.

Die Finanzpolitik hat allerdings als Folge des Konsolidierungs-Kraftaktes Spielraum gewonnen, Konjunktur und Beschäftigung zu stützen. Dieser sollte insbesondere im nächsten Jahre genutzt werden, wenn das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo fühlbar nachläßt. Dabei ist nicht etwa an Verfahren nach dem „Gießkannenprinzip“ zu denken; vielmehr sollten strukturpolitisch notwendige Projekte — etwa im Bereich Technologie, Umweltschutz, öffentlicher Personennahverkehr, aber auch bei Gesundheit und sozialen Diensten, Bildung und Wissenschaft — den ihnen zustehenden Rang erhalten. Dies betrifft Ausgaben für Aktivitäten in unmittelbarer staatlicher Regie wie auch die staatliche Beteiligung an der Finanzierung solcher Projekte.

In einigen staatlichen Funktionsbereichen hat sich zudem inzwischen — bedingt durch die Unterlassungen der letzten Jahre — ein zum Teil erheblicher Nachholbedarf an Personal und Sachkapital aufgebaut. Bedarfsorientierte Überlegungen führen zu dem Ergebnis, daß bei Schulen, Universitäten und öffentlichen Krankenhäusern jährlich 30 000 bis 40 000 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen werden könnten¹. Auch die öffentlichen Investitionen sollten kräftig auf-

gestockt werden; jedenfalls zeigen Bedarfsprognosen noch viele Möglichkeiten und Erfordernisse, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß in den letzten Jahren das Volumen der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen um ein Viertel gekürzt worden ist.

Die Haushaltsplanung für 1985 sieht bisher keine Maßnahmen vor, die das Wirtschaftswachstum festigen und die Beschäftigungssituation verbessern könnten. Vorbereitet wird jedoch die von der Öffentlichkeit seit längerem intensiv geforderte steuerliche Entlastung. In Anbetracht der Gefahr, daß ein zu großer Entlastungsbetrag die staatlichen Defizite wieder in die Höhe treiben könnte und dies als Argument für weitere Ausgabenkürzungen im Sozialbereich — eine verteilungspolitisch unakzeptable Variante der Finanzpolitik — mißbraucht würde, ist es zu begrüßen, daß sich die Koalition zu einer Lösung entschlossen hat, die diese Gefahr gering hält: Die Aufteilung der Gesamtentlastung von über 20 Mrd. DM auf zwei Tranchen (1986 und 1988), bei der in der ersten familienpolitische Akzente gesetzt werden, erscheint unter den vielen politischen Restriktionen akzeptabel. Das DIW hatte sich schon im letzten Gemeinschaftsgutachten der Institute für eine solche Lösung ausgesprochen². Nach der hier vorliegenden Prognose ist das Inkrafttreten der ersten Tranche auch konjunkturpolitisch erwünscht. Finanz- und strukturpolitisch verfehlt sind insbesondere in einer Phase, in der erhebliche Steuererleichterungen geplant werden, gleichzeitige Erhöhungen von Subventionen, wie sie soeben zugunsten der Landwirtschaft beschlossen worden sind. Nicht nur, daß überholte Strukturen konserviert und Überproduktion zusätzlich angeregt wird; verschenkt wird auch finanzpolitischer Spielraum, der struktur- und beschäftigungspolitisch genutzt werden könnte³.

Die Anspannung der amerikanischen Kreditmärkte und der davon ausgehende Druck auf den Wechselkurs der D-Mark dürfen die Bundesbank nicht davon abbringen, eine an den mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten ausgerichtete Geldversorgung der Wirtschaft zu sichern. Sollte dabei die Zentralbankgeldmenge in den oberen Bereich des — 1984 durch laufende Expansionsraten von 4 und 6 vH begrenzten — Zieltrichters gelangen, so wäre dies stabilitätspolitisch keineswegs bedenklich, sondern eher ein Ausgleich dafür, daß die monetäre Expansion im Winterhalbjahr recht schwach gewesen war und die Geldmenge sich erst seit Mai im Zieltrichter befindet.

¹ Vgl. Beschäftigung im öffentlichen Dienst. Bearb.: D. Vesper. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 23/1984.

² Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1984. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 15-16/1984.

³ Vgl. Statt Subventionsabbau neue Hilfen für die Landwirtschaft. Bearb.: P. Hrubesch. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 25/1984.

Nach der Jahreswende hatte die Bundesbank trotz der Zinssteigerung in den USA ihre geldpolitischen Zügel etwas gelockert. Nicht zu dieser Linie paßt die jüngste Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 4 1/2 %. Zwar soll die — von einer beträchtlichen Aufstockung der Rediskontkontingente begleitete — Diskonterhöhung keine Verschärfung der Geldpolitik bedeuten, sondern nur eine Maßnahme zur Normalisierung der Relation zwischen den Notenbank- und den Geld-

marktzinsen sein. Es muß aber auch das Risiko gesehen werden, daß die Geld- und Kapitalmärkte die Diskonterhöhung nicht nur geldmarkttechnisch auffassen, sondern auch als eine zinssteigernde Maßnahme zur Stützung des Wechselkurses der D-Mark. Ein solcher Erwartungseffekt wäre ein Rückschlag auf dem Wege zu einer dauerhaften Abkoppelung der inländischen von den US-Zinsen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1984 und 1985

	1983	1984	1985	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1.Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen dar.: Zahl der Arbeitnehmer Arbeitszeit (arbeitsmäßig) Arbeitstage	-1,7 -1,9 0,1 0,1	-0 -0 0 -0,5	0,5 0,5 -0,5 -0,5	-2,1 -2,3 -0,2 0,7	-1,4 -1,6 0,5 -0,5	-0,5 -0,5 0 1	0 0 0 -1,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) Produktivität 1)	-1,6 2,5	-0,5 3,5	-0,5 2,5	-1,7 1,7	-1,5 3,2	0,5 1,5	-1 4,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976	0,9	3	2	0,0	1,7	2,5	3,5
Absolute Werte							
nachrichtlich: Zahl der Arbeitslosen (1 000 Pers.) Arbeitslosenquote (in vH)	2 258 9,3	2 225 9	2 225 9	2 331 9,6	2 185 9,0	2 315 9,5	2 135 9
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch Staatsverbrauch Anlageinvestitionen Ausrüstungen Bauten Vorratsveränderung Außenbeitrag Ausfuhr Einfuhr	935,1 333,5 344,4 135,4 209,0 18,7 39,6 538,6 499,1	972 341,5 373 146,5 226,5 23,5 50 603 552,5	1 012 351,5 399,5 158 241,5 25 54 637,5 583,5	450,8 154,5 155,5 61,7 93,9 8,7 21,3 263,3 241,9	484,3 179,0 188,9 73,7 115,1 10,0 18,2 275,4 257,1	464,5 157 169 66,5 102,5 15 20,5 291,5 271	507,5 184,5 204 80,5 123,5 8,5 30 311,5 281,5
Bruttosozialprodukt	1 671,2	1 760	1 841,5	790,8	880,4	826	934
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch Staatsverbrauch Anlageinvestitionen Ausrüstungen Bauten Ausfuhr Einfuhr	4,0 2,5 4,6 8,1 2,5 0,5 0,3	4 2,5 8,5 8,5 8,5 12 10,5	4 3 7 7,5 7 5,5 5,5	3,7 1,3 2,4 5,8 0,4 -0,9 -3,4	4,2 3,5 6,5 10,2 4,3 1,8 4,0	3 1,5 9 8 9,5 10,5 12	5 3 8 9 7,5 13 9,5
Bruttosozialprodukt	4,5	5,5	4,5	3,9	5,1	4,5	6
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch Staatsverbrauch Anlageinvestitionen Ausrüstungen Bauten Vorratsveränderung Außenbeitrag Ausfuhr Einfuhr	695,1 248,2 255,0 108,0 147,0 14,2 50,7 416,4 365,6	702 249,5 268 113,5 154 20 61 451,5 390	712,5 250,5 276 119 157 21,5 63,5 469 405,5	338,1 121,9 116,1 49,5 66,6 7,0 26,0 204,9 179,0	357,0 126,3 139,0 58,6 80,4 7,2 24,8 211,5 186,7	338 121,5 122,5 52 70,5 13,5 28,5 220,5 192	364 128 145,5 62 83,5 6,5 32,5 230,5 198
Bruttosozialprodukt	1 263,2	1 300,5	1 324,5	609,0	654,2	624	676,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch Staatsverbrauch Anlageinvestitionen Ausrüstungen Bauten Ausfuhr Einfuhr	1,0 -0,2 2,9 5,7 0,9 -0,9 0,8	1 0,5 5 5,5 5 8,5 6,5	1,5 0,5 3 4,5 2 4 4	0,4 -1,2 1,3 3,4 -0,2 -2,4 -2,6	1,5 0,8 4,3 7,8 1,9 0,5 4,2	0 -0,5 5,5 5 6 7,5 7,5	2 1,5 4,5 5,5 4 9 6
Bruttosozialprodukt	1,3	3	2	0,4	2,1	2,5	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1983	1984	1985	1983		1984	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,0	3	2,5	3,3	2,7	3	2,5
Staatsverbrauch	2,7	2	2,5	2,6	2,7	2	1,5
Anlageinvestitionen	1,7	3	4	1,1	2,2	3	3
Ausrüstungen	2,3	3	3	2,3	2,2	2,5	3
Bauten	1,6	3,5	4,5	0,5	2,4	3	3,5
Ausfuhr	1,5	3,5	1,5	1,6	1,3	3	3,5
Einfuhr	-0,5	4	1,5	-0,8	-0,2	4,5	3
Bruttosozialprodukt	3,2	2,5	3	3,5	3,0	2	2,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	915,3	953	995	431,2	484,1	450	503
Bruttolohn- und -gehaltsumme	742,3	773	807	349,2	393,1	365	408
Nettolohn- und -gehaltsumme	510,0	525,5	543	242,8	267,2	251,5	273,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	362,2	389,5	406,5	169,6	192,6	172,5	217
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	298,4	324,5	337	139,7	158,8	141,5	182,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen 2)	272,0	288,5	309,5	132,2	139,8	132	157
Nichtentnommene Gewinne	26,4	35,5	27,5	7,5	18,9	10	26
Volkseinkommen	1 277,5	1 342,5	1 401,5	600,8	676,7	622	720
Abschreibungen	210,1	222,5	237	103,6	106,4	109,5	113
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	183,7	195	203	86,4	97,3	94	101
Bruttosozialprodukt	1 671,2	1 760	1 841,5	790,8	880,4	826	934
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,7	4	4,5	1,1	2,2	4,5	4
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,4	4	4,5	0,8	1,9	4,5	4
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,4	3	3,5	-0,1	0,8	3,5	2,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,4	4,5	4	3,2	3,6	5	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,3	3	2,5	2,3	2,4	4	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,2	7,5	4,5	12,3	10,2	1,5	13
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	13,0	8,5	4	14,7	11,5	1,5	15
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen 2)	4,2	6	7	1,9	6,4	-0,5	12
Volkseinkommen	4,2	5	4,5	4,0	4,4	3,5	6,5
Abschreibungen	4,9	6	6,5	4,5	5,2	6	6
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	6,4	6,5	4	2,0	10,6	9	4
Bruttosozialprodukt	4,5	5,5	4,5	3,9	5,1	4,5	6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	510,0	525,5	543	242,8	267,2	251,5	273,5
Empfangene laufende Übertragungen 3)	290,4	296,5	303,5	144,7	145,7	148	148,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	310,9	331	355	148,6	162,3	153	178
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,3	18	18,5	9,3	9,0	9	9
Geleistete laufende Übertragungen 4)	32,6	34	35	15,1	17,5	15,5	18
Verfügbares Einkommen	1 060,4	1 101	1 148	511,7	548,7	528	573
Privater Verbrauch	935,1	972	1 012	450,8	484,3	464,5	507,5
Ersparnis	125,3	129	136	60,9	64,3	63,5	65,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,8	11,5	12	11,9	11,7	12	11,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. - 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 3) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. - 4) Nichtzu-rechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückstellungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. - 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1983 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3, 1984, S. 203 ff.) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; 1984 und 1985 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsrate gerundet.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 53. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1983. 130 S. DM 58,—

Die Arbeitnehmereinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.
Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Kurt Hornschild*.
Kritische Anmerkungen zu einer Simulationsstudie der Deutschen Bundesbank. Von *Ulrich Heilemann*.
Der Einfluß verkürzter Abschreibungsperioden auf Gewinne und Renditen. Von *Bernd Görzig*.
Aspekte der Planung von Forschung und Entwicklung in der DDR. Von *Angela Scherzinger*.
Zwischenbilanz der Neuorientierungen in der Wirtschaft der Volksrepublik China. Von *Ernst Hagemann*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2-3/1983. 130 S. DM 62,—

Zeitreihen zur Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe nach Sparten. Von *Jochen A. Hübener*.
Faktorsubstitution in den Wirtschaftssektoren der Bundesrepublik. Von *Gerd Hansen*.
Ausländer in Berlin. Von *Ingo Pfeiffer*.
Weltwirtschaftliches Wachstum, Nord-Süd-Konflikt und beschäftigungspolitische Optionen der Industrieländer. Von *Fritz Franzmeyer*.
Struktur und Entwicklung der internationalen Seetouristik. Von *Rüdiger von Torklus*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1983. 142 S. DM 66,—

Analyse des Disaggregierten Bonner Prognosemodells. Von *Georg Erber* und *Manfred Kiy*.
Leitdatenbasis für regionalisierte Prognosen des Güterverkehrsaufkommens. Von *Ulrich Voigt*.
Finanzielle Verflechtung zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet. Eine Untersuchung für die Jahre 1965 bis 1980. Von *Kornelia Hagen* und *Kurt Hornschild*.
Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel. Von *Jochen Bethkenhagen*.
Die Leichtindustrie in der DDR. Von *Andreas Koch*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 1/1984. 122 S. DM 60,—

DIW-Symposion: Wege aus der Arbeitslosigkeit — die Erfahrungen in den 30er Jahren.
Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Diskussion in Deutschland in den frühen dreißiger Jahren. Von *Knut Borchardt*.
Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Diskussion heute. Von *Fritz W. Scharpf*.
Die wirtschaftliche Entwicklung im Deutschen Reich in den 20er und 30er Jahren aus der Sicht des Instituts für Konjunkturforschung. Von *Rolf Kregel*.
Internationale Aspekte der Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren. Von *Dietmar Petzina*.
Wege aus der Arbeitslosigkeit — Großbritannien und Schweden. Von *Sidney Pollard*.
Wege aus der Arbeitslosigkeit — USA, Frankreich, Japan. Von *Volker Hentschel*.
Zusammenfassung der Generaldiskussion.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 880 *

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann

Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung 1984/1985. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.